

Entwurf

Stellungnahme des NWL zum

„Entwurf Änderung ÖPNVG NRW“

1. Grundsätzliches

Der Entwurf des Änderungsgesetzes zum ÖPNVG NRW ist im Kern eine Verschiebung der gesetzlich vorgesehenen Revision der SPNV-Pauschale(n) nach § 11 ÖPNVG von 2011 nach 2012.

Zugleich wird eine eigenständige Pauschale für die ÖPNV-Aufgabenträger geschaffen, um die bisher durch die Mittel nach § 45a PBefG geleistete Schüler- und Ausbildungsverkehre abzusichern. Auf diesen Punkt geht diese Stellungnahme nicht ein.

2. Verschiebung Revision auf 2012 (§ 11 Abs. 5 ÖPNVG NRW)

Die Verschiebung des Zeitpunktes der Revision der SPNV-Pauschalen auf spätestens 31.12.2012 ist mit einer Rückwirkung ab 01.01.2011 gekoppelt. Die Gewährung der Pauschalen in 2011 und 2012 sollen somit unter Vorbehalt erfolgen.

Diese Rückwirkung ist in der Praxis nicht umsetzbar, da mit den Pauschalen vertragliche Verpflichtungen gegenüber EVU erfüllt werden, die nachträglich nicht veränderbar sind. Eine vorbehaltliche Zahlung der Pauschalen ist somit nicht durchführbar und ggf. nicht mit dem kommunalen Verfassungsrecht vereinbar (Rückwirkungsverbot). Eine Rückwirkung für 2011 ist daher strikt abzulehnen.

3. Einführung eines Schätzverfahrens bei Auskunftsverweigerung der Aufgabenträger

Weiterhin sieht der Entwurf des Änderungsgesetzes unter § 11 Abs. 5 ÖPNVG eine Festsetzung und Verteilung der Pauschalen auf der Basis von Schätzwerten vor, sollten die Aufgabenträger ihren Informationspflichten nicht oder nicht fristgerecht nachkommen.

Zum einen ist derartige Schätzung ist kein geeignetes Verfahren, um die Verteilung der SPNV-Finanzierung auf Landesebene zu organisieren, da objektive, überprüfbare Kriterien fehlen. Ein derartiger Vorbehalt im ÖPNVG NRW wird daher abgelehnt. Zum andern weisen wir an dieser Stelle darauf hin, dass dem NWL bereits mit Schreiben des MBV vom 09.04.2010 bei Nichtbereitstellung der entsprechenden Daten für die Revision eine Schätzung durch Gutachter „angedroht“ wurde. Hierauf hat der NWL in mehreren Schreiben mit umfänglichen Begründungen reagiert, zuletzt mit konkreten Fragestellungen im Schreiben vom 11.05.2010. Antworten hierauf stehen bis heute aus. Nun eine solche Schätzung unter Nichtbeachtung der bisher vorgetragenen Argumentationen in eine Novellierung des ÖPNVG aufzunehmen, ist nicht sachgerecht.

4. Auskunftspflicht der Aufgabenträger (§ 16 Abs. 8 ÖPNVG NRW)

Neu aufgenommen in das ÖPNVG soll eine ausdrückliche Verpflichtung der Aufgabenträger zur Vorlage sämtlicher Auskünfte, die zur Neufestsetzung der Pauschalen erforderlich sind. Diese Auskunftspflicht bestand bereits zuvor, auch wenn diese nicht gesetzlich festgelegt war, da sie sich aus dem grundsätzlichen Miteinander von Ministerium und Aufgabenträger ergibt. Das zur Begründung herangezogene Bedürfnis aus der Praxis bezieht sich zum einen auf die Vorbehalte der Aufgabenträger bezüglich der mit der Umsetzung beauftragten Gutachter. Diese Vorbehalte können durch eine gesetzlich formulierte Auskunftspflicht nicht beseitigt werden und könnten erneut auftreten.

Sofern diese Auskunftspflicht auch die Verträge, Unterlagen und Daten der betroffenen EVU umfassen soll, so besteht zum anderen auch weiterhin eine Abhängigkeit von der Zustimmung dieser Unternehmen zur Weitergabe. Andernfalls droht eine Kollision mit der Vorschrift des § 3 b VwVfG NRW. Auch dieser Umstand kann dazu führen, dass eine Auskunftspflicht im ÖPNVG NRW ins Leere läuft.

Weiterhin erscheint es sinnvoll, angesichts der Sensibilität der hier in Rede stehenden Daten in sachgerechte Abstimmungen einzutreten, in welcher Form denn welche Daten für die Revision erforderlich sind anstelle zu versuchen, eine generelle Auskunftspflicht im ÖPNV zu verankern, die ggf. gegen andere Rechtsnormen verstößt.

Zudem wird in der Begründung zu diesem Punkt neben den Revisionen auf Bundes- und Landesebene auch von einer „konzeptionellen Fortentwicklung der Nahverkehrspolitik“ gesprochen. Dies ist jedoch eben nicht abgedeckt von der gesetzlich verankerten Revision der Pauschalen, die auf der Grundlage von Betriebsleistung, Fläche und Einwohnern zu erfolgen hat.

Aus den genannten Gründen wird eine Auskunftspflicht in der im Entwurf zur Gesetzesänderung vorgelegten Form abgelehnt. Zielführender wäre ein kooperatives Miteinander zur Vorbereitung und Durchführung der gesetzlich definierten Revision.